

Länder drehen Däumchen über Klimaziele, während die Globalistenparty näher rückt

geschrieben von Andreas Demmig | 31. Oktober 2025

DAILY CALLER NEWS FOUNDATION

Einleitung: In diesem Beitrag werden zwei ineinander greifende Themen behandelt: COP30 und der Wunsch einiger Parlamentarier dort mit einer Delegation teilzunehmen. Andererseits kann so eine Reise durch die Blockade des Bundeshaushaltes nicht durch Steuergelder finanziert werden. – lesen Sie näheres im letzten Kapitel und meiner Recherche – Demmig

Audrey Streb, DCNF-Energiereporterin, 27. Oktober 2025

Über 100 Länder haben die Frist zur Bestätigung ihrer Klimaziele vor der UN-Konferenz im November verpasst. Obwohl das Pariser Abkommen die Länder zu ehrgeizigeren Klimazielen verpflichtet, haben viele ihre national festgelegten Beiträge (NDCs) kurz vor der COP30 noch nicht aktualisiert. Die Klimagespräche finden vom 6. bis 21. November in Belém, Brasilien, statt. Die Trump-Regierung hat keine Delegation für die Teilnahme nominiert, während sie weiterhin weitreichende Deregulierungsmaßnahmen im Energiesektor durchführt .

„Den meisten Nationen ist bewusst, dass die Kosten einer Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes schmerhaft und unnötig sind. Es überrascht daher nicht, dass immer mehr Länder versuchen, ihre früheren Greenwashing-Versprechen zu umgehen“, sagte James Taylor, Präsident des Heartland Institute, gegenüber der Daily Caller News Foundation.

(Siehe auch: Konzernmedien und Demokraten geben endlich auf, den Amerikanern Klimabotschaften aufzuzwingen.)

Wie die Nachrichtenagentur Associated Press berichtete, haben die meisten Länder die Meldefrist am 10. Februar streichen lassen. Angeblich akzeptierte die UN dies jedoch, solange es bedeutete, dass sie weiter an ihren Klimazielen arbeiteten, .

Im September bezeichnete Trump vor der UN-Generalversammlung die Klimapolitik als den „größten Betrug, der jemals an der Welt verübt wurde“ und kündigte den Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen per Dekret am ersten Tag seiner Amtszeit an. Trump hat zudem die staatliche Förderung grüner Energiequellen wie Wind- und Solarenergie eingestellt , die unter der Biden-Regierung durch Milliarden an Subventionen, Krediten

und Zuschüssen gefördert worden waren.

Die US-Umweltschutzbehörde (EPA) unter der Leitung von Lee Zeldin hat Schritte zur Aufhebung wichtiger Klimaschutzbestimmungen eingeleitet, darunter die Gefährdungsfeststellung von 2009, die es der Behörde ermöglicht, Treibhausgase zu regulieren. Zeldin argumentierte, die Aufhebung dieser Regelung wäre „die größte Deregulierungsmaßnahme in der Geschichte Amerikas“.

Marc Morano, Autor und Herausgeber von ClimateDepot.com, erklärte gegenüber dem DCNF, dass dieses „UN-Klimakrisen-Debakel“ eine Folge des „Trump-Effekts“ sei.

„Andere, zaghaftere Nationen greifen Trumps Energie auf und ziehen sich stillschweigend aus diesem 30-jährigen globalen Fiasko namens UN-Klimaagenda zurück. Trump kam genau zum richtigen Zeitpunkt, denn [einige] Europäer und andere erkennen nun vollends, dass sie jahrzehntelang mit falschen Versprechungen getäuscht wurden, grüne Energie sei ‚billiger‘ und der ‚Übergang‘ weg von fossilen Brennstoffen ‚ganz einfach‘“, fuhr Morano fort. „Trump hat den USA und der Welt einen großen Gefallen getan, indem er diesen betrügerischen UN-Klimaprozess entlarvt hat.“

Morano erklärte gegenüber dem DCNF, dass sich Demokraten und auch einige Europäer offenbar von einer aggressiven Klimapolitik abwenden, da die Öffentlichkeit „keine Scheinheiligkeit mehr über den Klimaschutz duldet“. Mehrere Konzernmedien haben sich in letzter Zeit von der Klimapolitik abgewandt und konzentrieren sich stattdessen auf steigende Strompreise und die Versorgungssicherheit.

Bemerkenswerterweise forderten 17 Generalstaatsanwälte die Trump-Regierung am Donnerstag sogar auf, nicht an der COP30 teilzunehmen. Sie argumentierten, die Teilnahme der Regierung könne den Eindruck erwecken, Klimaziele doch zu befürworten, die ihrer Ansicht jedoch die Zuverlässigkeit des amerikanischen Stromnetzes gefährden.

Im Gegensatz dazu, haben einige demokratische Senatoren und sogar einige Republikaner Interesse bekundet eine Delegation zur COP30 zu begleiten, darunter der republikanische Senator John Curtis aus Utah, der demokratische Senator Chris Coons aus Delaware und der demokratische Senator Sheldon Whitehouse aus Rhode Island. Der Regierungsstillstand [s.unten] könnte jedoch die Pläne einiger Senatoren durchkreuzen.

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen seriösen Medienunternehmen mit großer Reichweite kostenlos zur Verfügung. Alle wiederveröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des/der jeweiligen Reporters/Reporterin und dessen/deren Zugehörigkeit zur DCNF enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer möglichen Partnerschaft kontaktieren Sie uns bitte unter licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2025/10/27/countries-twiddle-thumbs-over-climate-goals-globalist-confab-approaches/>

Meine Recherche zum Thema Haushaltsstillstand

Warum ist die US-Regierung blockiert und wann kann sie wieder arbeiten?

Republikaner und Demokraten konnten sich nicht auf ein Gesetz einigen, das die Finanzierung staatlicher Dienstleistungen über den 1. Oktober hinaus sichern sollte, dem Datum des Auslaufens des vorherigen Bundeshaushalts. Im US-System muss der Kongress einem Ausgabenplan zustimmen, der dann dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt wird.

Die Republikaner kontrollieren derzeit beide Kammern des Kongresses. Doch im Senat – der oberen Kammer – fehlen ihnen 60 Stimmen, die für die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes erforderlich sind. Dies verschafft den oppositionellen Demokraten eine gewisse Verhandlungsmacht.

Die Demokraten wollen, dass der Gesetzentwurf eine Verlängerung der auslaufenden Steuervergünstigungen beinhaltet. Sie argumentieren mit den Zuschüssen zur Medizinversorgung, wollen jedoch daran weitere, Ihnen selbst wichtige Zuschüsse anhängen.

Ein Übergangsgesetz zur Vermeidung des Shutdowns wurde im Repräsentantenhaus (Unterhaus) verabschiedet, im Senat jedoch nicht. Und so kam es am 1. Oktober um 00:01 Uhr EDT (04:01 Uhr GMT) zum ersten Mal seit fast sieben Jahren zu einer Einstellung des Regierungsbetriebs in den USA.

Um die Haushaltssperre zu beenden, müssen die beiden Parteien im Senat einen Kompromiss finden, den Trump unterzeichnen wird. Mehrere Abstimmungen zur Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte sind gescheitert.

- Als wesentlich angesehene Aufgaben bzw. Dienstleistungen werden jedoch weiterhin bezahlt

<https://www.whitehouse.gov/research/2025/10/economic-consequences-of-a-government-shutdown/>